

# SPD demokratischer pressediens

P/XXVI/18

27. Januar 1971

Zu neuen Ufern

Nach den Gesprächen Brandt/Pompidou

Seite 1 und 2 / 81 Zeilen

Es ist immer noch fünf Minuten vor zwölf

Zur handelspolitischen Auseinandersetzung  
zwischen EWG und USA

Von Ludwig Fellermaier SPD-MdB  
Mitglied des Europäischen Parlaments

Seite 3 und 4 / 78 Zeilen

Es geht um die berufliche Bildung

Zusammenarbeit aller Arbeits- und Kultus-  
minister ist notwendig

Seite 5 und 6 / 52 Zeilen

Verteidigungsrede auf den CDU-Vorstand

Von Wolfgang Jansen  
Sprecher der Sozialdemokratischen Bundes-  
tagsfraktion

Seite 6 / 18 Zeilen

Aktuelle Dokumentation des SPD-Pressedienstes

"Probleme des Kampfes gegen den  
Revisionismus" (3. und Schluss)

Seite 7 und 8 / 111 Zeilen

Chefredaktion: Dr. E. Eckert  
Verantwortlich für den Inhalt: A. Exler  
5300 Bonn 9, Hausallee 2-10  
Postfach: 9153  
Pressehaus 1, Zimmer 217-224  
Telefon: 22 83 97-38  
Telex: 888 846/886 847/  
888 848 PPP D

Herausgeber und Verleger:

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST GMBH  
5300 Bonn - Bad Godesberg  
Kölner Straße 108-112, Telefon: 7 66 11

### Zu neuen Ufern

#### Nach den Gesprächen Brandt/Pompidou

Die Pariser Aussprache Brandt/Pompidou erfolgte in diesem Januar 1971 in einer neuen europäischen Situation. Es war der erste deutsch-französische "Gipfel" seit dem Abschluß der Verträge Bonn-Moskau und Bonn-Warschau.

Gerade in Paris, wo man die Ostpolitik der Bundesregierung Brandt/Scheel von Anfang an gebilligt und gefördert hat, weiß man: Die Bundesregierung befindet sich nunmehr in einer neuen Position auch im Westen; sie ist nicht mehr Objekt, sondern außenpolitisch aktiv handelnder Faktor geworden. Die französische Staatsführung betrachtet dies als positives Geschehen und hat diese Auffassung im Gespräch mit der deutschen Bundesregierung in den letzten Tagen nochmals ausdrücklich bestätigt.

Ein Vergleich mit früheren deutsch-französischen Unterredungen unterstreicht den grundlegenden Wandel. Es ist kein Geheimnis, daß die beiden letzten CDU-Kanzler im westlichen Ausland, insbesondere in Paris, nicht mehr ganz ernst genommen wurden. Brandt hingegen wird geachtet und geschätzt.

Auf der anderen Seite ist auch an der Seine seit dem Tod de Gaulles eine neue politische und psychologische Lage entstanden. Zehn Jahre lang war Frankreichs Außenpolitik die "reservierte Domäne" des Generals. Pompidou hatte sich auf diesem Gebiet erst einzuarbeiten. Zum erstenmal hat der französische Präsident jetzt außenpolitische Entscheidungen zu treffen, ohne die Kritik und die Zensur de Gaulles fürchten zu müssen. Denn der General hatte auch nach seinem Rücktritt zu verstehen gegeben, daß er im Falle eines Abweichens von seiner Linie entsprechend reagieren würde.

Pompidou hat nun größere Handlungsmöglichkeiten. Dieser Wandel war schon auf der letzten Pressekonferenz des französischen Präsidenten festzustellen. Der neue Herr des Elysée entwarf bei dieser Gelegenheit - in Erwartung seiner Gespräche mit dem deutschen Bundeskanzler - zum erstenmal kühnere europäische Pläne, die aus der Sicht anderer westeuropäischer Partner zwar noch als allzu begrenzt erscheinen mögen, für die alte gaullistische Garde aber bereits als gefährliches Abrücken von der Vergangenheit empfunden werden.

Supranationale Lösungen werden demnach von Pompidou auch auf politischen Gebiet nicht mehr ausgeschlossen. Die Einführung von sogenannten Europaministern wäre ein möglicher Schritt dazu. Auch andere Möglichkeiten und Varianten werden geprüft. Entscheidend sind vor allem die Fristen. In diesem entscheidenden Punkt war die gründliche Aussprache zwischen Brandt und Pompidou in den letzten Tagen von besonderer Bedeutung. Der

Weg zu neuen Etappen der westeuropäischen Zusammenarbeit scheint nun von überflüssigen Mißverständnissen freigelegt. Dabei wäre es jedoch verfehlt, in billigen Zweckoptimismus zu verfallen, wie dies bei deutsch-französischen Begagnungen in früheren Jahren häufig der Fall war, als man regelmäßig behauptete, man sei sich in allen Fragen "völlig einig", um bald darauf wieder tiefgehende Differenzen zu entdecken.

Wenn Brandt und Pompidou nun eine Reihe von Meinungsverschiedenheiten beilegen könnten, heißt das keineswegs, daß es künftighin keine Schwierigkeiten mehr gibt. Es liegt in der Natur der europäischen Einigung, daß sie mit weiterer Verbreitung und Vertiefung unvermeidlicherweise auch neue Probleme bringt. Entscheidend ist der gemeinsame Wille zur Klarstellung und Lösung.

An Querschüssen hat es auch diesmal nicht gefehlt. Nicht nur von Seiten einer unverantwortlichen Rechtsopposition in der Bundesrepublik, auch in Paris gab es diesmal publizistische Störversuche, die aber die Ausnahme darstellen. So ließ sich bedauerlicherweise die linksgerichtete Wochenzeitung "Observateur" dazu verleiten, in ihrer Titelgeschichte ein sogenanntes "deutsches Europa" an die Wand zu malen, mit einem Brandt-Porträt über die ganze EWG-Landkarte. Geschmacklosigkeiten und Intrigen dieser Art werden von seriösen Beobachtern und Kommentatoren abgelehnt, so insbesondere von der führenden Pariser Zeitung "Le Monde", die vor der gegen Willy Brandt eingeleiteten Hetzkampagne warnte.

Die letzten Pariser Gespräche beweisen, daß auf beiden Seiten der gute Wille besteht, die jetzt anliegenden westeuropäischen Probleme - Wirtschafts- und Währungsunion und EWG-Beitritt Großbritanniens - in angemessenem Tempo einer Lösung zuzuführen. Der unlösbare Zusammenhang zwischen Ost- und Westpolitik wurde dabei übereinstimmend festgestellt. Das deutsch-französische Verhältnis ist jetzt nicht nur wesentlicher Bestandteil der westeuropäischen Gemeinschaft, sondern steht nunmehr auch im Zeichen einer gesamteuropäischen Entwicklung.

.. + +

Es ist immer noch fünf Minuten vor zwölf

---

Zur handelspolitischen Auseinandersetzung zwischen EWG - USA

Von Ludwig Fellermaier SPD-MdB  
Mitglied des Europäischen Parlaments

Nach dem jüngsten Besuch einer amerikanischen Regierungsdelegation bei der EWG-Kommission in Brüssel ist erneut deutlich geworden, daß die handelspolitischen Beziehungen der sechs EWG-Länder mit den USA auch im Jahr 1971 sehr spannungsgeladen sein werden. In den Gesprächen der US-Delegation mit den EWG-Behörden wurde die starke Position der Protektionisten in beiden Häusern des amerikanischen Kongresses deutlich. Die Mills-Bill, die 1970 in letzter Minute aus Zeitgründen gescheitert ist, ist in diesem Jahr erneut eingebracht worden.

Erinnern wir uns: Diese Mills-Bill sieht vor, daß Importkontingente für Schuhe, Fasern und Textilien und andere Erzeugnisse festgesetzt werden, wenn sie den Einfuhranteil am US-Markt um mehr als 15 vH. übersteigen.

Der Hintergrund dieser Beschränkungsmaßnahmen bei Textilexport in die USA ist in den Niedrigpreisimporten aus Japan, Taiwan, Korea und Hongkong zu suchen. Die Textilindustriellen in den USA haben inzwischen in den amerikanischen Gewerkschaften mächtige Verbündete gefunden. Waren es 1962 unter der Kennedy-Administration gerade die Gewerkschaften gewesen, die die liberale Handelsgesetzgebung des damaligen Präsidenten sehr stark unterstützten, so neigen sie jetzt angesichts der Dauerarbeitslosigkeit in den Vereinigten Staaten immer mehr den Protektionisten im amerikanischen Kongreß und Senat zu.

Zum Verständnis der Situation, in der beide Seiten oft mit mehr verbalen Emotionen als sachlichen Argumenten arbeiten, scheint es notwendig zu sein, einen Blick auf die Entwicklung der Handelsbilanz zwischen der EWG und den Vereinigten Staaten zu werfen.

Danach stieg die Ausfuhr der Vereinigten Staaten in die Gemeinschaft allein im ersten Halbjahr 1970 um 29 vH. gegenüber dem vergleichbaren Zeitraum des Vorjahres, während die Einfuhr aus der Gemeinschaft in die Vereinigten Staaten nur um neun vH. zunahm. Der Aktivsaldo der USA gegenüber der EWG 1,37 Milliarden Dollar. An der Einfuhr in die EWG sind Agrarprodukte mit 1,6 Milliarden Dollar beteiligt, wovon über die Hälfte auf Futtermittelerzeugnisse, vor allem Ölkuchen und Sojabohnen entfallen. Diese Zahl macht deutlich, daß der Vorwurf aus dem

Washingtoner Parlament über die Beschränkung der Agrareinfuhren in die EWG kaum aufrechterhalten werden kann. Dem steht eine Ausfuhr von Agrarerzeugnissen aus der Gemeinschaft nur in Höhe von 381 Millionen Dollar gegenüber. In der Einfuhrstatistik der USA bei Spinnstoffwaren sind die EWG-Länder mit 214 Millionen Dollar beteiligt.

Die große Gefahr, die bei einer Wiedervorlage der Mills-Bill für die europäische Textilindustrie besteht, ist nicht so sehr in den direkten Auswirkungen der Beschränkungsmaßnahmen bei der Einfuhr als in der Tatsache zu sehen, daß die japanische Industrie, die von einer solchen Maßnahme besonders hart betroffen würde, ihre Ausfuhr in wesentlichen Teilen auf den europäischen Textilmarkt umlenken würde.

Die europäischen Handelspartner der USA sollten deshalb die zeitliche Chance bis zur möglichen Wiedereinbringung der Mills-Bill nutzen. Dazu ist notwendig:

1. Die großen Industrienationen müssen prüfen, durch welche eigenen Maßnahmen die weltweite Liberalisierung des Handels weiter vorangetrieben wird.

2. Die EWG-Kommission muß, unterstützt durch den Ministerrat, die laufenden Wirtschaftsverhandlungen mit Japan schnell vorantreiben, damit es zu einem ersten gemeinsamen Handelsabkommen zwischen der EWG und Japan kommt, in dem die Entwicklung in den USA Berücksichtigung findet.

3. Die sechs nationalen Parlamente und das Europäische Parlament müssen so schnell als möglich in direkte Kontakte mit Parlamentariern der beiden amerikanischen Häuser eintreten, um Zerrbilder über die EWG zu beseitigen. Diese Aufgabe kann in der Situation nicht mehr allein der EWG-Kommission und den Regierungen überlassen bleiben.

4. Der Vorschlag von Bundeskanzler Brandt aus dem Jahre 1970 zur Bildung eines gemischten Ausschusses zwischen der EWG und den USA als ständige Gesprächsrunde zur Regelung handelspolitischer Fragen muß realisiert werden. Erste Schritte dazu sind durch den Besuch des EWG-Kommissionsmitglieds, Prof. Dahrendorf, in Washington und dem Gegenbesuch einer amerikanischen Regierungsdelegation in Brüssel eingeleitet worden.

5. Die Organe des GATT und der OECD sollten als Mittler zwischen den USA, Großbritannien, Japan und der EWG eingeschaltet werden, damit es zu dauerhaften multilateralen Regelungen hinsichtlich der weiteren Liberalisierung im Welthandel 1971 kommen kann.

### Es geht um die berufliche Bildung

Zusammenarbeit aller Arbeits- und Kultusminister ist notwendig

Es gibt weitgesteckte Forderungen in der Debatte über die Zukunft der beruflichen Bildung. Sie gehen teilweise bis zu dem, was die "völlige Verschulung" der Berufsausbildung genannt wird. Das ist in der öffentlichen Diskussion nicht unumstritten. Aber über eines sind sich alle Beteiligten einig: der Anteil der theoretischen Bildung und die schulische Fundierung des beruflichen Bildungsganges muß verstärkt und für die Zukunft elastischer werden. Der technische und strukturelle Wandel erfordert in zunehmender Weise solides Grundlagenwissen.

Die Ausgangslage muß kritisch zur Kenntnis genommen werden: Es fehlen jetzt schon, um allein die heutigen und für die Zukunft keineswegs ausreichenden Berufsschulanforderungen erfüllen zu können, mindestens 15.000 Lehrer. Die Pflichtstunden des einen Berufsschultages in der Woche, mit dem eigentlich schon heute nicht mehr auszukommen ist, können zur Zeit auf weiten Strecken des Bundesgebietes wegen Lehrermangel oder anderer Gründe nicht gewährt werden. In einigen Ländern ist der Nachholbedarf besonders groß, um zunächst überhaupt das heutige Soll zu erfüllen. Große Anstrengungen sind vorzuziehen, um Schritt für Schritt den wachsenden Anforderungen gerecht zu werden.

Die "Sozialpolitische Gesprächsrunde" beim Bundesarbeitsministerium, in den Gewerkschaften, Arbeitgeberverbände usw. vertreten sind, äußerte sich kürzlich sehr kritisch über die Lage im beruflichen Schulwesen. Welche Perspektiven gibt es? Wie ist die Verzahnung zwischen den neuen Ausbildungsordnungen für die betriebliche Bildung und der künftigen Entwicklung des Berufsschulwesens? Diese und andere dringende Fragen wurden in dieser Runde gestellt. Mit Nachdruck ist von allen Seiten die Notwendigkeit einer engen Zusammenarbeit unterstrichen worden.

Auf dieser Linie der Kooperation liegt das Bemühen des Bundesarbeitsministeriums, das Gespräch mit den Kultus- und Arbeitsministern der Länder über die berufliche Bildung im allgemeinen und über das Berufsschulwesen im Besonderen zu vertiefen. Das Ministerium hatte deshalb die Ländervertreter aus den Arbeits- und Kultusressorts zu einer gemeinsamen Informationssitzung nach Bonn eingeladen. Befremdlich ist, daß dabei von dem Rheinland-Pfälzischen Kultusminister Dr. Vogel (CDU) die kalte Schulter gezeigt worden ist. Mit dem Hinweis auf die Kultusministerkonferenz hat er sein Haus daran gehindert, an dieser Bonner Zusammenkunft teilzunehmen.

und gleichzeitig die übrigen von der CDU/CSU regierten Länderkultusministerien zu gleichem Vorgehen aufgefordert. Ist das der viel beschworene Geist der Zusammenarbeit aller Beteiligten zur Weiterentwicklung der beruflichen Bildung? Muß es wirklich sein, daß Informationsgespräche, gegenseitiger Gedankenaustausch, fachliche Unterrichtung und guter wechselseitiger Rat-schlag an formalen Einwänden scheitern müssen? Ist es zu ver-antworten, daß in einer Frage gemeinsamer Verantwortung nach parteipolitisch gefärbten Kriterien vorgegangen wird?

Es ist nur zu hoffen, daß sich auf die Dauer der Geist der Zusammenarbeit an gemeinsamen Aufgaben stärker erweisen wird, als dieser Schritt Vogels vermuten läßt.

-----  
Verteidigungsrede auf den CDU-Vorstand  
-----

Von Wolfgang Jensen

Sprecher der Sozialdemokratischen Bundestagsfraktion

Oh, Ihr Verblendeten, die ihr leichtfertig den Stab wollt brechen über den Vorstand der Christenunion, haltet ein! Schmäht nicht länger die Herren, sie hätten feige die Fahne verlassen, treulos die Meinung gewechselt, mit den Lippen gesagt "ja, ja" und "nein, nein" mit verdeckten Stimmzetteln. Würdigt vielmehr das Opfer, das sie haben geworfen ihr eigen Kind in den Orkus um höherer Werte willen. Erkennet die Zeichen der Zeit!

Die Zeichen, gesetzt von dem Hohen und Mächtigen, dessen Namen - beginnend mit S. - selbst die Roten beklommen nur nennen (weshalb Strauß nicht gemeint sein kann).

Oh, hört das Signal des mächtigen Cäsar, gegeben vier Tage - merket auf! - vier Tage vor dem Parteitag, als er kaufte den "Dialog", das Blättchen des Wirtschaftsrates. Vernehmt seine Botschaft: Was Ihr dem geringsten Meiner Wirtschaftsratsbrüder tut, das habt Ihr Mir getan.

Drum seid untertan dem Wirtschaftsrat und vermeinet nicht, mit Politik etwa die Massen gewinnen zu können. Denn wie wenige hören doch Katzor; und wie viele lesen BLB!

+ + +

Aktuelle Dokumentation des SPD-Pressedienstes

"Probleme des Kampfes gegen den Revisionismus" (3. u. Schluss

Das Gesagte bedeutet nicht, daß in den sozialistischen Ländern die Bedingungen des ideologischen Kampfes die gleichen sind wie in der kapitalistischen Welt. Die Besonderheit des ideologischen Kampfes in den Ländern des Sozialismus besteht darin, daß Anschauungen, die der Arbeiterbewegung fremd sind, hier nicht durch die Klasseninteressen der Bourgeoisie gefestigt werden können. Sie können sich aber in diesem oder jenem Grade einbürgern, wenn die national-spezifischen Momente über die internationale Erfahrung gestellt werden, die in der marxistisch-leninistischen Theorie ihren vollständigen Ausdruck gefunden hat. Derartige Anschauungen können sich auch einschleichen, wenn die Partei die ideologische Arbeit vernachlässigt und sich lediglich darauf verläßt, daß die neuen, sozialistischen gesellschaftlichen Beziehungen ein ihnen entsprechendes sozialistisches Bewußtsein hervorbringen müssen. Indessen kann auch im Sozialismus ein solches Bewußtsein nicht spontan, nicht ohne die lenkende ideologisch-politische Arbeit der Partei entstehen. Die Effektivität dieser Arbeit hängt davon ab, wie eng sie mit den lebendigen Fakten der Wirklichkeit in ihrer ganzen Veränderlichkeit und Vielfalt verbunden ist, zugleich aber auch von dem Niveau des marxistisch-leninistischen Erfassens dieser Fakten, das es ermöglicht, ihre inneren Wechselbeziehungen, die objektive Logik der gesellschaftlichen Entwicklung aufzudecken.

Man darf die Lage in der internationalen kommunistischen Bewegung nicht nur unter dem engen Gesichtswinkel jener Schwierigkeiten sehen, die innerhalb der Bewegung, insbesondere unter dem Einfluß dieser oder jener Art revisionistischer Abweichungen entstanden sind. Diese Schwierigkeiten müssen richtig im Kontext des gesamten Vordringens der internationalen kommunistischen Bewegung gesehen werden. Es ist eine unumstößliche Tatsache, daß diese in den letzten Jahrzehnten neue Positionen erobert hat, eine Reihe grosser politischer Schlachten gewonnen und bedeutende Erfolge bei der Hebung ihrer ganzen politischen Rolle sowohl auf dem gesamten politischen Schauplatz als auch in einzelnen Gebieten der Erde oder in einzelnen Ländern errungen hat. Zugleich hatten einige Gruppen dieser Bewegung Mißerfolge zu verzeichnen und mußten sogar ernste Niederlagen einstecken. Zum Teil hängt das mit objektiven Schwierigkeiten des revolutionären Kampfes zusammen, der bekanntlich durch aus kein gradlinig verlaufender Prozeß ist. Es gab aber auch Mißerfolge, die auf subjektive Faktoren zurückzuführen sind, darunter auf Abweichungen von der marxistisch-leninistischen Linie oder auf die Unfähigkeit, sie unter den konkreten Bedingungen der sich ändernden Wirklichkeit anzuwenden.

Welches sind die Ursachen dieser Abweichungen in der letzten Zeit?

Zum großen Teil kann man sie als Nebenprodukt des Anwachsens der kommunistischen Bewegung selbst ansehen. Im Vergleich mit der Vorkriegszeit ist ihre zahlenmäßige Stärke um ein Vielfaches gestiegen. Sie ist um Millionen neuer selbstloser Kämpfer für die Sache der Arbeiterklasse gewachsen. Mit der Woge des revolutionären Aufschwungs sind in die kommunistischen Parteien (der sozial-



stischen wie der kapitalistischen Länder) Elemente getragen worden, die keine harte proletarische Schule hinter sich haben, die nicht durch die Feuerprobe der Klassenkämpfe gegangen sind und die deshalb Schwankungen ausgesetzt sind, besonders, wenn die Sache des sozialistischen Aufbaus oder des revolutionären Kampfes auf gewisse Schwierigkeiten stößt. Ein falsches Reagieren auf diese Schwierigkeiten bereitet auch den Boden für revisionistische Abweichungen vor.

Meistens sind dies Schwierigkeiten der Vorwärtsbewegung. Die Parteien, die die Macht errungen haben, wurden unmittelbar mit den Wirtschaftsproblemen konfrontiert. Häufig waren diese Probleme sehr kompliziert, denn die meisten Länder, in denen die sozialistischen Revolutionen gesiegt haben, waren wirtschaftlich durchschnittlich oder nur schwach entwickelt. Es steht außer Zweifel, daß insbesondere in China nach dem Sieg der Revolution nicht gerade kleine wirtschaftliche und andere Probleme auftauchten. Es kommt aber darauf an, wie diese Schwierigkeiten angepackt werden. Es ist ganz offensichtlich, daß es die Führer der Volksrepublik China nicht verstanden, sie auf der Basis des Marxismus-Leninismus zu lösen. Sie ersetzten den wissenschaftlichen Kommunismus durch den militärischen Kasernen-"Sozialismus", was erhebliche Verzerrungen im Charakter und in der Tendenz der gesellschaftlichen Entwicklung des heutigen Chinas auslöste.

In gewissem Sinne ergaben sich diese Schwierigkeiten auch für die kommunistischen Parteien in den entwickelten kapitalistischen Ländern. Die Entwicklung des staatsmonopolistischen Kapitalismus forderte von der kommunistischen Bewegung die Ausarbeitung einer neuen Strategie und Taktik. Mancherorts war aber das Streben, die sektiererischen Vorstellungen zu überwinden und neue Wege zu beschreiten, von revisionistischen Abweichungen begleitet.

In den Ländern Asiens und Afrikas ergeben sich für die kommunistischen Parteien ebenfalls ernste Probleme der Umgestaltung ihrer Strategie und Taktik, wenn der Übergang von den Aufgaben des Kampfes für die politische Unabhängigkeit zu den Aufgaben des Kampfes für die progressive soziale Orientierung der vom Kolonialjoch bereits befreiten Länder erfolgt. Auch hier haben es nicht alle Parteien verstanden, die neue Lage wirklich wissenschaftlich zu analysieren und auf dieser Grundlage eine effektive revolutionäre politische Linie und entsprechende Kampfmethoden auszuarbeiten.

Die Analyse der sozialen Quellen des Revisionismus offenbart die Situation, in der die revolutionären Parteien der Arbeiterklasse kämpfen, zeigt die negativen Bedingungen, die im Kampf für die Konsolidierung der kommunistischen Bewegung auf der Basis des Marxismus-Leninismus berücksichtigt werden müssen. Diese Analyse kann und darf aber nicht von den Schlußfolgerungen isoliert werden, die sich aus der Untersuchung anderer Faktoren ergeben, nämlich jener, die zum Zusammenschluß der Arbeiterbewegung und zu ihrer Vorwärtsbewegung auf die Endziele beitragen.

Die Gemeinsamkeit der ureigenen Interessen der Arbeiterklasse ist stärker als die Momente, die in ihren Reihen Meinungsverschiedenheiten auslösen. Umstände objektiver Art können die soziale Basis für verschiedenartige Abweichungen von der marxistisch-leninistischen Linie schaffen, die Abweichungen selbst gehören aber zur Sphäre des Subjektiven. - Entscheidende Bedeutung für ihre Überwindung oder Milderung haben folglich Faktoren subjektiver Art: Treue zum Marxismus-Leninismus und zum proletarischen Internationalismus. Konsequenz im Kampf für die Einheit der kommunistischen Bewegung, Treue zu den auf ihren Beratungen gemeinsam ausgearbeiteten politischen Schlußfolgerungen und Normen der gegenseitigen Beziehungen zwischen den Parteien.